

Liechtensteiner Volkstblatt

AZ - FL-9494 Schaan, Mittwoch, 27. November 1974

Erscheint Dienstag/Mittwoch/Donnerstag/Samstag

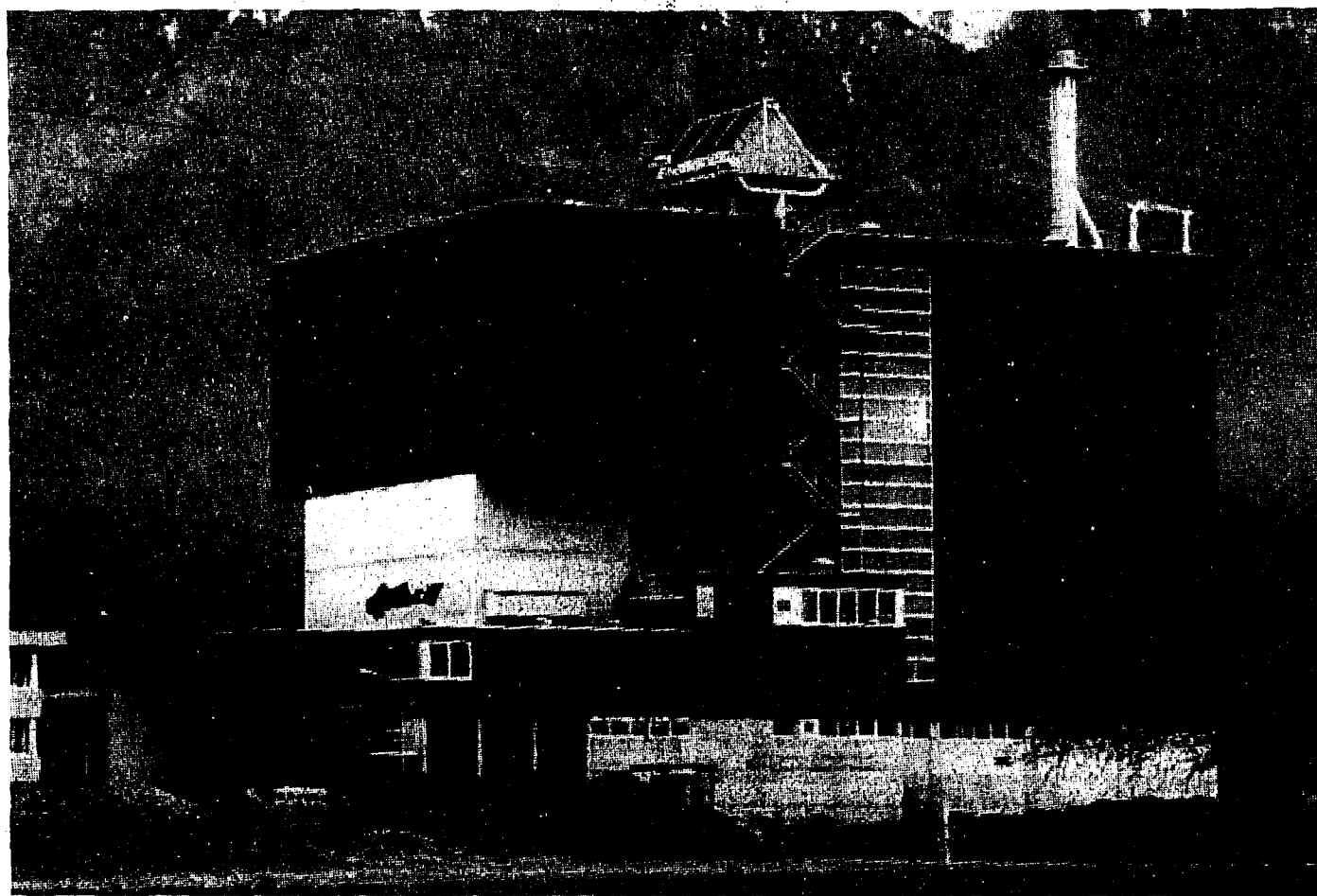
Mit den amtlichen Publikationen

107. Jahrgang - Nr. 177

Die neue Kehrichtverbrennungsanlage offiziell ihrer Bestimmung übergeben

Eröffnungsfeier in Buchs - Kompliment für unsere Gemeinden

Im Beisein zahlreicher Vertreter des öffentlichen Lebens aus der benachbarten Schweiz und aus den Gemeinden unseres Landes, wurde am vergangenen Freitag die neue Kehricht-Verbrennungsanlage in Buchs offiziell in Betrieb genommen. Die neue Anlage (unser Bild), die wir noch gesondert vorstellen werden, beseitigt den Kehricht aus 28 Gemeinden im Einzugsgebiet Liechtenstein-Rheintal-Toggenburg und Sargans mit insgesamt etwa 80 000 Einwohnern. Mehr als 73 Tonnen Kehricht, oder rund ein Viertel des in Buchs anfallenden Materials kommt aus Liechtenstein. Ing. Theo Kindle dankte im Rahmen der Eröffnungsfeierlichkeiten der liechtensteinischen Gemeinden für ihre Aufgeschlossenheit, die auch darin zum Ausdruck kommt, dass inzwischen alle Gemeinden des Landes dem schweizerisch-liechtensteinischen Gemeinschaftswerk angeschlossen sind. Durchschnittlich fallen pro Einwohner in Liechtenstein 303 kg Kehricht an, wobei Vaduz mit 573 kg die Spitze hält. Den niedrigsten Anfall verzeichnete 1973 Ruggell mit 150 kg. (Bild: X.J.)



Die Bedeutung der Weiterbildung

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen hob Josef Frick erneut die Bedeutung der beruflichen Weiterbildung hervor, der er sich schon seit Jahren mit grossem Einsatz widmet. Der Gewerbepräsident wies auf das im Entstehen begriffene Berufsbildungsgesetz und auf die verschiedenen Weiterbildungskurse hin. — Wir werden das Thema Berufsbildung demnächst in einem gesonderten Beitrag eingehend behandeln.

Das Gewerbe als Vernehmlassungsinstanz

Die Gewerbebotschaft wird in verschiedenen Gesetzesbereichen von der Fürslichen Regierung immer wieder zur Vernehmlassung eingeladen. Abgesehen vom Berufsbildungsgesetz bezog die Gewerbebotschaft im Berichtsjahr auch zum

Fortsetzung auf S/2

Die aktuelle Frage

Wirtschaftliche Zusammenarbeit: Wann folgt der nächste Schritt?

Seit wir an dieser Stelle die Frage aufgeworfen haben, ob Staat und Wirtschaft angesichts der Krisenzeichen nicht eine engere Zusammenarbeit suchen sollten (Volkstblatt vom 9. November) ist einiges geschehen: eine Kleine Anfrage im öffentlichen Landtag hat am 14. November nicht nur zu einer ersten, ausführlicheren Stellungnahme des Ressortchefs Wirtschaft, Hans Brunhart, über unsere derzeitige Konjunktursituation geführt, sondern auch einer Stellungnahme des Reglerchefs über konkrete Möglichkeiten zur Einflussnahme des Staates gerufen. Damit ist eine Aufgabe, die zunächst dem Ressort Wirtschaft gestellt ist, zu einem Anliegen der Gesamtregierung geworden, die ihren Teil dazu beitragen will, die Kooperation mit der Wirtschaft im gesamten Landesinteresse zu intensivieren. Anlässlich der Delegiertenversammlung unserer Gewerbebotschaft, am vergangenen Samstag in Triesen, erneuerten die Reglervertreter ihre Offerte, welche vom Präsidenten der Gewerbebotschaft namens seines Verbandes auch erwidert wurde. — Wäre es nun nicht an der Wirtschaft, am Gewerbe wie an der Industrie und Arbeitnehmerschaft den nächsten Schritt zu tun und ihre Vorstellungen über die Form dieser Zusammenarbeit zu präzisieren? Denn ob ein zu schaffendes, neues Instrumentarium der Zusammenarbeit funktioniert, wird nicht zuletzt auch von der Frage abhängen, inwieweit unsere Wirtschaftskreise bereit sind, ihre Probleme und Projekte offen auf den Tisch zu legen.

Anpassung an die neue Wirtschaftslage

Der Jahresbericht des Gewerbepräsidenten vor der Delegiertenversammlung

Der Präsident der Gewerbebotschaft für das Fürstentum Liechtenstein, Josef Frick, nimmt jeweils die Delegiertenversammlung der gewerblichen Wirtschaft zum Anlass um Rückschau auf das abgelaufene Jahr zu halten und einen Ausblick auf die nächste Zukunft zu geben. Dieser guten Tradition ist er auch am Samstag im Hotel Meierhof in Triesen treugeblieben.

Josef Frick, sei im Bauhaupt- und Baunebengewerbe ein Rückgang der Auftragsbestände spürbar geworden, der sich im kommenden Jahr eher fortsetzen werde. Josef Frick sagte für 1975 gerade in diesem Bereich einen harten Preiskampf voraus und forderte eine Revision des Submissionsreglementes. Es komme immer wieder vor, dass Offerten unter dem Selbstko-

stenpreis eingegeben werden. Wörtlich meinte Josef Frick dazu u. a.: «Es ist Zeit, dass die Submissionsreglemente auf alle Arbeiten von Land, Gemeinden und allen öffentlich-rechtlichen Körperschaften, deren Bautätigkeit durch den Staat subventioniert wird, ausgedehnt werden und der Handel ebenfalls miteinbezogen wird. Be-

sonders der Handel, der seit Jahren einem starken Konkurrenzkampf seitens der Grossverteiler an unseren Landesgrenzen ausgesetzt ist, hat Anspruch, dass die Aufträge des Staates, der Schulen, der Gemeinden, der Ämter, der öffentlichen Institutionen und Körperschaften an ihn vergeben werden.»

Aufruf zur Leistungsfähigkeit

Der Gewerbepräsident hob aber gleichzeitig auch hervor, dass die vermehrte Auftragsvergebung an inländische Unternehmen auch zur Leistungsfähigkeit und Konkurrenzfähigkeit verpflichte. Die öffentliche Hand könne nicht verpflichtet werden, inländische Unternehmungen um jeden Preis zu berücksichtigen.

Anpassung an die veränderte Wirtschaftssituation

Bezugnehmend auf die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung meinte Gewerbepräsident Frick wörtlich: «Es ist notwendig, die Geschäftspolitik den geänderten wirtschaftlichen Bedingungen anzupassen, eine vernünftige Preispolitik anzustreben, eine sehr vorsichtige Investitionspolitik zu betreiben, welche vor allem in den letzten Jahren sehr zu wünschen übrig liess. Mit der Investitionspolitik hängt vielfach auch die Liquidität eines Betriebes zusammen. Wird zuviel in einen Betrieb investiert, fehlen die nötigen finanziellen Mittel, um die laufenden Forderungen rechtzeitig zu erfüllen. Der Betrieb ist nicht mehr zahlungsfähig und dies kann unter Umständen zum Konkurs eines Betriebes führen. Ein vermehrte Zusammenhalten und vermehrte Zusammenarbeit, z. B. Wareneinkauf, Werbung, Erfahrungsaustausch sind anzustreben.»

Konjunkturdämpfungsmassnahmen überflüssig

Ausgehend von den Massnahmen zur Dämpfung der Konjunktur, über die der Gewerbepräsident anlässlich der Jahresversammlung 1973 orientiert hatte, stellte er fest, dass sich behördliche Dämpfungsmassnahmen angesichts der Krisenzeichen in der Gesamtwirtschaft inzwischen erübrigt hätten. Heute gehe es auch im Gewerbe darum, Konzepte zum Ueberleben zu suchen. Josef Frick begrüsst die Bereitschaft der Regierung zur engeren Zusammenarbeit mit der Wirtschaft und sagte ihr in diesen Bemühungen die Unterstützung des Gewerbes zu.

Rückgang der Auftragsbestände

Bereits im Jahre 1974, so betonte



Als Entwicklungshelfer nach Brasilien

Im Rahmen einer kleinen Feier verabschiedete der Vaduzer Bürgermeister Hilmar Ospelt am letzten Samstag den jüngsten liechtensteinischen Entwicklungshelfer, Daniel Ospelt, Sohn des Ing. agr. Ernst Ospelt. Daniel Ospelt wird sich, nachdem er bei der Firma Neulektrik in Schaan seine Lehre absolviert hat, für zwei Jahre nach

Brasilien begeben, wo er am Aufbau eines Radioprojektes mitarbeiten wird. Der Bürgermeister gab ihm die besten Wünsche mit auf den Weg und stellte während der Verabschiedung mit Freude fest, dass Daniel Ospelt der erste Vaduzer Bürger sei, der als liechtensteinischer Entwicklungshelfer in die Welt ziehe. (Bild: X. Jehle)

UNSERE BANK FÜR ALLE
Verwaltungs- und Privat-Bank Aktiengesellschaft
9490 Vaduz

Marxer Anton
Büromaschinen und
Büromöbel
Grünaustrasse 25
9470 Buchs
Tel. 085/633 10
Büroorganisation
BÜRO / MARXER